

Kochs Rezept für die Hessen-Wahl und seine Folgen

Wie man mit der Gewalttätigkeit von Jugendlichen für die des Staates wirbt

Oder: Die wahrscheinlich kürzeste Staatsableitung der Welt

Auch zur Weihnachtszeit und um die Jahreswende geht das mediale Berichtswesen seinen Informationspflichten nach und berichtet getreulich selbst noch darüber, was zu nachtschlafender Zeit in den U-Bahnhöfen der Republik los ist: Ein deutscher Rentner weist zwei Knaben mit empfindlicher Ehre und „*Migrationshintergrund*“ auf ein deutsches Rauchverbot im Zug hin und macht dabei einen ernstesten Fehler. Er bedenkt nicht, dass er es mit „*jungen Männern*“, also „*der gefährlichsten Spezies der Welt*“ (Der Spiegel 2/08) zu tun hat. Die haben, was das Nachrichtenmagazin für den Rentner leider zwei Wochen zu spät enthüllt, vor allem dann, wenn sie – wie derzeit in Deutschland – in großer Zahl „*überflüssig*“ sind, deswegen „*gelangweilt*“ und mit altersgemäßem „*Testosteronspiegel*“ ausgestattet, schon zu allen Zeiten Kriege angefangen, *Juden* erschlagen und *Reiche* erobert. Es kommt deshalb, wie es kommen muss: Natürlich wird auch der Rentner niedergemacht. Eine der allgegenwärtigen Kontrollkameras schafft Öffentlichkeit, und über alle Sender geht tagelang – Horrorvideos für alle! – eine Endlosschleife der Prügelbilder, ergänzt um fast täglich neue Berichte über – meistens ausländische – Jugendliche, die schon wieder irgendwo irgendwen vermöbelt haben.

*

Zur gleichen Zeit grübeln in Hessen die Stäbe des Ministerpräsidenten Koch über ein durchschlagkräftiges Wahlkampfthema nach, mit dem sie die unter der Wucht einer sozialdemokratischen „*Mindestlohnkampagne*“ bröselnden Umfragewerte der CDU sanieren könnten. Was, das ist die Frage, könnte die Wähler wieder mehr für die Christdemokraten einnehmen? Mehr eben als das SPD-Versprechen, im Fall der Regierungsübernahme weiterhin entschieden mit der Einführung gerechter Billiglöhne zu sympathisieren? Während die einen dem Volk sozialdemokratische Grundgleichungen beibringen wollen – „*Ypsilanti gleich Mindestlohn gleich Gerechtigkeit gleich soziale Wärme – in einer Gesellschaft, die sich Umfragen zufolge nach genau diesen Dingen sehnt, fehlt Koch ein Thema.*“ (SZ, 3.1.) Aber zum Glück haben die christdemokratischen Agitatoren auch den Fernseher an und die Not hat mit einem Schlag ein Ende: „*Seit zwei Jugendliche ausländischer Herkunft in München einen Rentner zusammenschlugen, hat er eines.*“ (SZ, ebd.)

Und was für eines: Eines, das das SPD-Thema für Wochen aus den Schlagzeilen fegt und nach den Berechnungen der CDU offenbaren soll, dass sich die hessische wie die gesamtdeutsche Gesellschaft mehr noch als nach Gerechtigkeit nach einer harten Hand sehnt, die sicherstellt, dass die Bürger ihren Mindestlohn in sozialer Wärme und ungestört von in- und vor allem ausländischen Schlägern genießen können. Dafür bieten sich Koch und seine Mannschaft als die genau Richtigen an: „*Der Staat muss Härte zeigen*“ in solchen Fällen. Er darf sich nicht „*lächerlich machen, weil er keine Härte zeigt*“. Das gilt insbesondere, wenn es um „*Jugendgewalt*“ geht, näher: um „*besondere Probleme mit jungen Menschen ausländischer Herkunft*“ (Koch, SZ, ebd.): „*Die erhobene Faust ist zu einem Problem geworden in unserem Land. Wir dürfen nicht übersehen, dass dieses Problem etwas mit Migration zu tun hat.*“ (Koch auf Wahlkampf tour lt. FAZ, 10.1.) Die Kanzlerin lässt mitteilen, „*zum Schutz der Bevölkerung*“ werde die Notwendigkeit von „*Veränderungen an der Rechtslage*“ geprüft. Derlei Straftaten „*lösten Ängste aus, auf die der Staat reagieren muss.*“ (SZ, ebd.)

Koch dagegen hat schon geprüft und bringt ei-

nen ständig anschwellenden „*Forderungskatalog*“ unter die Leute. Der enthält „*Warnschussarreste*“ und „*Sicherungsverwahrung auch für Heranwachsende*“, häufigere Anwendung des Erwachsenenstrafrechts, Beschleunigung von Strafverfahren, „*Erziehungslager*“, „*Führerschein- und Handyverbote*“, Senkung der Altersgrenze für die Strafmündigkeit, um auch Delinquenten im *Kindesalter* wegsperren zu können, und vor allem: die Erleichterung der *Ausweisung nicht-deutscher Täter*. Die Kauders, Schäubles und Pofallas der Union stärken ihrem Wahlkampf mit Wortmeldungen im Stundentakt den Rücken, ein Münchner Bürgermeisterkandidat rückt die Schläger auf sein Wahlplakat, und die sympathisierende Presse lässt Polizisten und „*Deutschlands mutigsten Oberstaatsanwalt*“ zu Wort kommen, der „*erschreckende Fakten*“ aus den Brutstätten des Verbrechens und den Trainingslagern der jungen Täter in ihren kriminellen ausländischen Großfamilien und von viel antideutscher Verachtung für „*unser Recht*“ zu berichten weiß (Bild, 4.1.).

*

Dem beträchtlichen Aufwand ist eine eindeutige Absicht zu entnehmen: Die Kampagne gegen die „*zu vielen kriminellen Ausländer*“ (Koch) und die Forderung nach „*mehr Härte*“ zielen darauf, im wahlwilligen Volk einen so verkehrten wie fundamentalen Schluss wachzurufen. Unter strikter Vermeidung auch nur eines Gedankens daran, wer die Verhältnisse ins Leben gerufen hat und betreut, in denen die private Gewalttätigkeit Heimat und Nährboden hat, soll man von ihr zielstrebig auf die Instanz schließen, die *ihre Verhinderung zu bewerkstelligen* hat. Die ausgiebig angefachte moralische Empörung über verbotene jugendliche Gewalt übersetzt sich nahtlos in einen *Auftrag* an die Adresse der *öffentlichen und berechtigten Gewalt der Staatsmacht*, solchen Übergriffen *gewaltsam Einhalt zu gebieten*. Denn das ist ja das Schöne an der verbrecherischen Privatgewalt: Sie bringt so vorteilhaft in Erinnerung, wie viel *gerechte Gewalt* zum Staat gehört – und wie wenig umgekehrt eine Staatsmacht zählt, die nicht überzeugend mit *diesem* Argument gegen Rechtsbrecher vorgeht. Diese altehrwürdige Staatsableitung aus dem Verbrechen gewinnt noch entschieden an Überzeugungskraft, wenn die Gewalttäter keine Einheimischen sind: Dann geht es um *unser Recht, den andern* heimzuleuchten; mit seiner Gewalt steht der Staat *für die Heimat* ein. Gefordert ist folglich eine *starke Hand*: eine entschlossene politische *Führung*, die ihr Handwerk versteht und sich nicht scheut, dem „*Terror der Straße*“ mit überlegenen Mitteln zu begegnen. Bei Gelegenheit der periodischen Neuausschreibung der politischen Vorstandsposten im Lande lassen die Konkurrenten dies daher gerne als ganz wichtigen Grund plakatieren, warum sie die Führung im Lande beanspruchen: „*Sicher leben!*“ heißt die Parole der CDU, nachdem sie ihr Wahlkampfthema gefunden hat, und: „*Mit uns ist das Land sicher!*“ Die auch zur Wahl stehende Alternative hingegen hat mit ihrem relativistischen „*Multi-Kulti-Idealismus*“ nur der wachsenden Frechheit Vorschub geleistet, die sich unreife Ausländer herausnehmen. Mit ihrer „*ideologisch begründeten Uneinsichtigkeit*“ (Reuters online, 11.1.) haben die Sozis zu „*den gefährlichen Zuständen heute*“ entscheidend beigetragen (Koch, Ruhrnachrichten, 11.1.), weshalb Hessens Wählern klar sein muss, was „*sicher leben*“ für sie zuallererst heißt: „*Ypsilanti, Al-Wazir und die Kommunisten stoppen!*“ (CDU-Wahlplakat)

*

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Schamlose Managergehälter, Steuerhinterziehung in Millionenhöhe, nimmersatte Abzocker, eiskalte Profitgeier: Kapitalistenschelte beflügelt den Gemeinsinn der armen Mehrheit

Der Ruf der deutschen Wirtschaftselite ist schlecht wie nie. Nicht nur an Stammtischen wird über die Raffkes in den Führungsetagen geschimpft, die ihr Geld schon gar nicht mehr zählen können und dennoch nicht genug kriegen. Auch die Presse, allen voran BILD, und die große Politik stoßen in dieses Horn: SPD-Chef Beck prangert die „*neuen Asozialen*“ an – und meint einmal nicht Hartz-IV-Empfänger, die in Saus und Braus leben, sondern Vorstandschefs und Multimillionäre: Wieder einmal sei in Deutschland die Elite dabei, „*unser System zu zerstören*“. Die Kanzlerin warnt gar, dass „*uns der Laden noch um die Ohren fliegen wird*“, wenn es mit Verantwortungslosigkeit und Unmoral bei den Spitzen der Gesellschaft so weitergehe. Die politische Führung, sonst schnell dabei, Unzufriedenheit in den unteren Rängen der Gesellschaft als übertriebenes Anspruchsdenken, als unzeitgemäße Besitzstandswahrung oder Realitätsverweigerung abzukanzeln, gibt *dieser* Unzufriedenheit voll recht. Anspruchsdenken, das sich im Ruf nach sozialer Gerechtigkeit und nach der Strenge des Gesetzes auch für die Reichen äußert, ist offenbar nicht übertrieben. Es ist das gute Recht des Volkes und verdient Unterstützung durch die Obrigkeit.

In Zeiten, in denen mitten im Wirtschaftsaufschwung die normalen Einkommen sinken und das Land über Mindest- und Hungerlöhne debattiert, sollen sich die Lohnabhängigen ruhig den Kopf darüber zerbrechen, ob das 400-fache des Durchschnittslohns, das mancher Manager kassiert, exakt seiner Leistung entspricht oder ob nicht eher das 200-fache angemessen wäre. Leute, die bei AEG, Nokia, Siemens, Telekom überflüssig und ins Elend der Sozialhilfe oder in eine ärmliche Frühverrentung entlassen werden, sollen sich ruhig darüber aufregen, dass „*unfähige Chefs*“, die „*Arbeitsplätze vernichten*“, mit einem millionenschweren „*goldenen Handschlag*“ verabschiedet werden, den sie nicht verdienen. Und alle, denen die kürzliche Mehrwertsteuererhöhung die Haushaltskasse belastet, dürfen sich um den Staatssäckel sorgen, dem die Reichsten der Reichen, die es nicht nötig hätten, ihren Steuerbeitrag vorenthalten. Der brave Steuerzahler, der sein Opfer bringt und jeden Cent zweimal umdreht, ehe er ihn ausgibt, darf sich von den Extratouren der Reichen verhöhnt vorkommen. Das muss er sich nicht bieten lassen. *Das* nicht.

Politiker wissen diesen gerechten Volkszorn zu schätzen und sie heizen ihn berechnend an. Wenn die armen Massen ihre Geldnot und Existenzunsicherheit in die kritische Prüfung überführen, ob Gerechtigkeit herrscht, ob sie also auch bekommen, was ihnen nach den Maßstäben des Gemeinwesens zusteht; bzw. ob den Reichen wirklich zusteht, was sie bekommen, dann liegen sie richtig: Die neidvolle Frage nach der Berechtigung der extremen Einkommensunterschiede ist nämlich das Gegenteil einer Befassung mit den Gründen des eigenen Mangels. Mit der Anklage, dass die soziale Gerechtigkeit mit Füßen getreten werde, dass die Abzocker triumphieren und der Ehrliche der Dumme sei, ruft das Volk nach guter Herrschaft und ordentlicher Amtsführung. Und dazu lassen sich Politiker immer gerne rufen.

Den Ruf lassen sich die Figuren an der Macht nicht streitig machen – schon gleich nicht von Konkurrenten der Linkspartei oder der NPD, die das Recht des Volkes auf Gerechtigkeit noch viel ernster zu nehmen versprechen. Dafür beschädigen Merkel, Beck und andere auch zeitweilig den guten Ruf der Elite, auf die Deutschland natürlich weiterhin setzt.

Der Vortrag wird den hohen Wert „*Gerechtigkeit*“ erläutern und die nationale Sehnsucht danach.

Donnerstag, 24. April 2008, 20.00 Uhr
K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Nürnberg, Königstraße 93
www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Erdogan besucht unsere Türken Falscher Nationalismus auf deutschem Boden!

Der türkische Ministerpräsident Erdogan kommt auf Staatsbesuch nach Deutschland, wo an die drei Millionen Türken als Ausländer oder als *türkischstämmige* Inländer mit deutschem Pass leben. Einige von ihnen sind gerade ein paar Tage zuvor in Ludwigshafen beim Brand eines Hauses ums Leben gekommen. Beim Besuch des Unglücksortes findet er „*dämpfende Worte*“ (t-online-nachrichten, 13.2.08) angesichts des Verdachtes, sie wären – wie schon öfter – einmal mehr Opfer antitürkischer Umtriebe geworden. Die sind nicht selten in Deutschland, wo die große Mehrheit der Türken, ganz ähnlich ihren deutschen Nachbarn, arbeitet, gesetzestreu lebt und doch immer nicht als wirklich der inländischen Volksgemeinschaft zugehörig gilt.

Für Erdogan dagegen sind sie anlässlich seines Staatsbesuches als „*Auslandstürken*“ ein *Publikum*, dem er, einerseits direkt, andererseits mit Blick auf die türkische Öffentlichkeit, Wichtiges mitzuteilen hat. Er lädt deshalb in eine Kölner Halle ein und hält eine lange Rede. Eine von „*stark innenpolitischem Charakter*“, mit der er den türkischen „*Vorwahlkampf*“ einleitet (so die türkische Internet-Zeitung bianet, SZ, 12.2.) und um die Türken in Deutschland als Wähler wirbt, die bei den nächsten Parlamentswahlen erstmals vom

deutschen Ausland aus in der Türkei wählen dürfen. Mit Hymne und Fahne, Videoclips, Licht- und Musikregie und unter dem Jubel seiner Volksgenossen präsentiert sich nach allen Regeln nationalistischer Inszenierungskunst „*der Popstar der türkischen Politik*“ (SZ, 11.2.), misstrauisch bäugelt von einer kritischen deutschen Öffentlichkeit, der das bekannte Gewese auf türkisch plötzlich so befremdlich erscheint, dass manchen sogar das Wort „*Personenkult*“ dazu einfällt. Erdogan kann seinerseits nicht anders, als seinen begeisterten Zuhörern einzugestehen, dass er sie auch großartig findet. Erstens überhaupt weil sie Türken sind und – das gilt speziell für die Anwesenden – zweitens, weil sie das auch im fernen Ausland geblieben sind: „*Sie haben Ihre Augen und Ohren immer auf die Türkei gerichtet, ... Ihren Glauben, Ihre Werte, Ihre Kultur bewahrt*“ und „*sich gegenseitig unterstützt.*“ (Erdogan-Rede, SZ, 14.2.) Dieser prächtige Menschenschlag muss, so findet der leitende Türke, auch in der Fremde unbedingt erhalten werden, weshalb es nicht nur „*selbstverständlich*“ ist, „*dass unsere Kinder Türkisch lernen*“, sie haben sogar noch „*das natürlichste Recht*“ darauf. Auch wenn die Na-

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Prof. Otfried Höffe, Philosophie:

„Das Unrecht des Bürgerlohns“

Die Ableitung von Hartz IV aus der Sozialethik der Erwerbsarbeit

Wir erinnern uns: „Bürgerlohn“ alias „bedingungsloses Grundeinkommen“ ist ein Gedankenspiel, angesichts von Arbeitslosen und Heerscharen von Hartz-IV-Empfängern jedem Bürger eine finanzielle Grundsicherung unabhängig von Alter, Geschlecht oder Einkommen zu gewähren. Damit die so Beglückten gar nicht erst auf den Gedanken kommen, es sich in dieser „sozialen Hängematte“ allzu bequem zu machen, orientieren sich die zahlenmäßigen Vorschläge zielsicher in etwa am statistisch ermittelten und politisch beschlossenen Existenzminimum. Und da sich mit diesem Einfall, so er umgesetzt würde, eine Menge Sozialausgaben sowie Lohnnebenkosten erübrigen würden, findet dieser Gedanke neben grün-alternativen Befürwortern auch solche in Wissenschaft und Wirtschaft.

Die FAZ hält die Bürgerlohn-Idee für dummes Zeug. Um dieser Ablehnung höhere Weihen zu verpassen, stellt sie dem Tübinger Philosophie-Professor Otfried Höffe gerade rechtzeitig zu Weihnachten eine ganze Seite zur Verfügung (22.12.2007): Gleich in der Einleitung seines Artikels „Das Unrecht des Bürgerlohns“ lässt dieser uns wissen, dass bei der Diskussion um den Bürgerlohn entscheidende Aspekte vergessen werden. Selbstverständlich gehört für ihn rein volkswirtschaftlich betrachtet diese Idee ohnehin auf den Müllhaufen der Geschichte der Versündigungen gegen die Marktwirtschaft. Die Sozialethik, also er, hat aber auch noch Wesentliches zu ihrer Ablehnung beizutragen: Die Debatte um den Bürgerlohn zeige, so seine Auskunft, dass in unserer Gesellschaft der Begriff „Arbeit“ einseitig ökonomisch und damit mangelhaft bestimmt sei.

Um einen für unsere menschenfreundliche Ökonomie passenden Arbeitsbegriff zu erschaffen, entwirft unser Professor eine aus fünf Punkten bestehende Skizze einer „Sozialethik der Erwerbsarbeit“, die beweisen soll, dass Arbeit nicht „bloß dem Lebensunterhalt“ dient, sondern noch sehr viel Höherem:

„Für eine Sozialethik der Erwerbsarbeit spielen nun fünf Gesichtspunkte eine Rolle: Als eine Quelle des Einkommens trägt sie zum Lebensunterhalt, darüber hinaus zum angenehmen, sicheren, vielleicht sogar großzügigen Leben bei. Weiterhin regt sie zur Entfaltung von Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten an. Da sie drittens dank Selbstachtung und Achtung seitens der anderen zur persönlichen und sozialen Identität beiträgt, widerspricht sie der früheren Ansicht, wer selber arbeite, sei arm. Wie sowohl die empirische Glücksforschung als auch Studien von Krankenversicherungen bestätigen, droht eher die Gefahr, dass die körperliche und seelische Gesundheit von Menschen, die arbeiten wollen, aber keinen Arbeitsplatz finden, empfindlich beeinträchtigt wird. Viertens trägt die Arbeit auf der Ebene des Gemeinwesens zum Volksvermögen und zu Steuereinnahmen bei. Schließlich wirkt sie auch als ein indirekter Faktor sozialer Kontrolle: Vor allem junge Männer ohne Arbeit sind für Aggression und einen martyrerbe-reiten sogenannten Fundamentalismus anfällig.“

„Arbeit“, so lernen wir, ist eine extrem nützliche Sache: Sie verschafft ein Einkommen (nebenbei, Herr Professor: Bei den meisten Leuten ist das Arbeitseinkommen die Quelle des Lebensunterhaltes, es trägt nicht dazu bei! Aber wir haben vermutlich die Aktienbündel im Safe der Aldi-Kassiererin vergessen, die der zu einen großzügigen Lebensstil verhel-fen), man erwirbt Kenntnisse und Fähigkeiten (die man ohne die Anforderungen des Arbeitgebers womöglich gar nicht bräuchte, wie z.B. in Call-Centern Leuten Sachen aufzuschwatzen, die sie gar nicht wollen), sie sorgt für „Selbstachtung“ und macht glücklich, was ja schließlich der wahre Reichtum ist (wie all die über beide Backen strahlenden 1-Euro-Jobber deutlich zeigen), sie macht und hält gesund (Beweis: Leute, die wegen Arbeitslosigkeit mit ihrer Minimal-Existenz zu kämpfen haben, sind noch kränker), sie ist Finanzquelle des Staates (immer gut, egal, was der mit dem Geld anstellt) und sie diszipliniert junge Leute, die dann vor lauter Ackern nicht auf dumme Gedanken kommen (Terror! Islamisten!). Die somit ethisch neu bewertete Arbeit erschöpft sich also nicht in Mühsal, sie ist Auf-

gabe, Auftrag, Sinnspender und so fort.

In der Bürgerlohn-Idee findet Prof. Höffe all das nicht berücksichtigt. Ja, schlimmer noch: Sie will doch tatsächlich Gelder vergeben an Leute, ohne dass die zuvor einen Beitrag für die Gemeinschaft abgeleistet haben! Und das ist ethisch gesehen ganz ganz falsch: Weil „man ... einem erheblichen Teil der Bürger die Arbeitswelt versperrt“, wo doch Arbeit „weit mehr leistet, freilich auch weit mehr verlangt“ als nur dem Lebensunterhalt zu dienen, ist Bürgerlohn letztlich – Unrecht.

Dass wir das so schwer einsehen, haben wir dabei den alten Griechen zu verdanken. Die nämlich setzten „die Tätigkeiten, die ihren Zweck in sich selbst haben und daher eines freien Mannes würdig sind, gegen die Knecht- oder Sklavenarbeit ... ab, bei der man einen außerhalb liegenden Zweck verfolgt und sowohl einem Herrn als auch der zu bearbeitenden Natur untertan ist“. Diese „Trennung eines Reiches der Notwendigkeit von einem Reich der Freiheit“ gehört für Prof. Höffe überwunden, weil sie seinem Begriff der Arbeit, den er sich in seiner „Sozialethik der Erwerbsarbeit“ gestrickt hat, einfach nicht mehr gerecht wird.

Nun gibt es ja nach wie vor Leute, die arbeiten müssen, weil sie sonst nichts zum Leben haben, und die nur arbeiten können, wenn ein Unternehmen sie gewinnbringend für sich einsetzt, Leute, deren Arbeit und Einkommen also davon abhängen, dass sie einen „außerhalb liegenden Zweck“ verfolgen. Damit sind sie einem „Herrn“, ihrem „Arbeitgeber“, „untertan“, der Arbeitsbedingungen und Arbeitslohn seinem Profitinteresse gemäß festlegt und die Beschaffenheit, also „Natur“, ihres Arbeitsplatzes bestimmt, dessen Anforderungen sie nachzukommen haben. Der Begriff der Lohnarbeit ist das allemal, mit dem Begriff der Arbeit soll es aber, so will es der Professor, nichts zu tun haben. Schließlich hat sich ja längst die Lesart durchgesetzt, dass alles, was ein Einkommen bewirkt, „Arbeit“ heißt, und dass sogar Geld „arbeitet“. So gesehen gibt es hierzulande durchaus auch Arbeit, die „zum angenehmen, sicheren, vielleicht sogar großzügigen Leben“ beiträgt. Das trifft z.B. auf Leute zu, die im Staatsdienst von den normalen Existenzsorgen freigestellt werden, damit sie ohne die Plackerei und Unsicherheiten des Lohnarbeiterlebens an den Unis die unendliche Weisheit unseres Gesellschaftssystems hochleben lassen können. Das bringt dann sogar noch Anerkennung.

Den anderen, die von ihrem Arbeitseinkommen kaum bis gar nicht leben können, beschert die Arbeit zwar ein eher unangenehmes Leben. Aber dass sie mit ihren nach allen Regeln der betriebswirtschaftlichen Kunst bis aufs Existenzminimum oder darunter gedrückten Löhnen arm wären, darf niemand behaupten, wo doch jeder Mickerlohn der „persönlichen und sozialen Identität“ auf die Sprünge hilft und wahrer Reichtum sich ja sowieso nicht in Geld bemisst.

Und diese schöne Sinnwelt wollen böse Bürgerlohn-Befürworter ihren Mitmenschen versperren! Herr Höffe ist empört über das Ausmaß dieses ethischen Vergehens. Bloß:

1. Wer soll eigentlich das Subjekt („man“) sein, das hier „versperrt“? Würde mit dem Bürgerlohn etwa eine Anti-Arbeits-Agentur eingeführt werden, die es den Bürgerlohn-Empfängern verböte zu arbeiten?

2. Den Bürgerlohn-Protagonisten tut Prof. Höffes Überlegung einfach Unrecht: Auch die gehen davon aus, dass, wer zusätzlich zum Bürgerlohn arbeiten will, dies auch soll. Sie halten es sogar für einen Vorteil, dass diese das dann auch wirklich wollen, weil sie sich sicher sind, dass der Wunsch, zu dem mickrigen Grundeinkommen noch etwas dazuzuverdienen, zur existenziellen Notwendigkeit wird. In puncto Lebenssinnstiftung und Gemeinchaftsdienst sind sich Höffe und Kontrahenten hier durchaus einig.

3. Die einzigen, die zu der kritisierten Sperre fähig wären, sind zum einen dieselben, die es auch heutzutage schon tun, die „Arbeitgeber“, die es selbst bei den dann anvisierten Niedrigstlöhnen einfach nicht lohnend finden,

mehr Arbeitsplätze „anzubieten“, und zum anderen diejenigen, die beschließen, dass ihnen angesichts der Qualität der gebotenen Arbeitsplätze ein Bürgerlohn zum Leben reicht und die deshalb nicht arbeiten wollen.

In Letzteren hat Prof. Höffe nun das eigentliche „Unrecht des Bürgerlohns“ entdeckt: Dass die sich dann, wenn „sich [!] der Abstand zwischen Arbeitslohn und Bürgerlohn verringert“ nicht danach drängen, die „Mühen“ der Lohnarbeit umsonst auf sich zu nehmen, macht sie zum arbeitsscheuen Gesindel, das der Bürgerlohn nachgerade unterstützen würde, anstatt dass ihm und dem gesamten Rest der Mannschaft der rechte Standpunkt zur Arbeit eingebläut wird. Insofern muss sich der Sozialstaat in allen Bereichen darum bemühen, diesen Standpunkt verpflichtend zu machen, und darf gar nicht erst den Verdacht aufkommen lassen, ein zur arbeitenden Klasse Gehöriger könne auch ohne Arbeit sein Leben fristen.

Problem- und ausgesprochen umstandslos schafft Prof. Höffe damit den Übergang von der Moralphilosophie zur Angewandten Ethik – und deren Postulate kommen uns doch sehr bekannt vor: Die Sozialhilfesätze müssen gekürzt werden (Hartz IV ist „immer noch ziemlich großzügig“); der Abstand zwischen Nettoarbeitseinkommen und Sozialhilfe muss größer, die Sozialhilfe also niedriger werden, wenn der Lohn sinkt (wg. „generell drohen-

de[r] Gefahr eines sozialen Trittbrettfahrens“); der Lohn muss sinken, denn das „hohe Maß an Regulierung und an Lohnnebenkosten“ ist „kräftig“ abzubauen; die „zu hohe[n] Schutzbestimmungen für Arbeitsplatzbesitzer“ müssen gekappt werden (natürlich im Interesse der Arbeitssuchenden, für die so schneller ein Job frei wird, den sie dann aber auch schneller wieder loswerden ...) usw. usf. Alles in allem also Forderungen, die genau so in den Kommuniqués aus BDI-Jahresversammlungen oder Wirtschafts- und Sozialministerien zu hören sind. Nur werden sie hier von einem von der Tübinger Uni bestellten und wissenschaftlich legitimierten Philosophen abgesondert. Dieser Fachmann für Ethik braucht noch nicht mal den Schein des Argumentierens; ihm reicht die umstandslose moralische Be- und Verurteilung des Themas und seiner Befürworter. Seine Einwände entnimmt er dabei dem Schatzkästlein der Fanatiker einer kapital- und standortförderlichen Massenverarmung. Und da die FAZ sich was darauf zugute hält, ein Sprachrohr dieses Fanatismus zu sein, dürfte bei ihr wohl selbst ein „schrumpfhörniger Schnarchkackler“ (aus: Harry Potter, Bd 7) publizieren, wenn er mit der Autorität einer Uniprofessur gesegnet wäre.

Das sollten einem die Studiengebühren doch wert sein!

GEGENSTANDPUNKT 1-08

Politische Vierteljahresschrift

Sarkozys ‚rupture‘: La Grande Nation – zu klein!

Frankreichs neuer Staatspräsident ist nicht zufrieden. Mit seiner Nation nicht, weil die in der Welt von heute einfach nicht die Rolle spielt, die ihr in den Augen ihres obersten Nationalisten zukommt; daher auch nicht mit der Welt und der in ihr herrschenden Ordnung, die seinem Land den ihm gebührenden Status verwehrt. Damit will der neue Chef sich keinesfalls abfinden. Sich selbst und seiner Nation verlangt er in aller Bescheidenheit eine „politique de civilisation“ ab, „damit Frankreich die Seele der neuen Renaissance wird, die die Welt braucht“ (Neujahrs-Pressekonferenz, 8.1.08), auch wenn die das noch gar nicht bemerkt hat. Der neue Präsident sieht sich aufgerufen, seine Nation fit zu machen für Siege in einem Konkurrenzkampf der bedeutenden kapitalistischen Mächte, für den alle Beteiligten sich ganz neue Anstrengungen abverlangen. Er reagiert damit auf eine gewisse Beschädigung seiner Nation: ihres kapitalistischen Reichtums, dessen Wachstum unter der „Allmacht der Märkte“ leidet. Beschädigt ist ebenso die Weltgeltung der Grande Nation, weil die wichtigsten Macher des Weltgeschehens die Maßstäbe imperialistischer Durchsetzungsfähigkeit zurechtgerückt haben und Frankreich den entsprechenden Anforderungen in Sachen Respekt erheischender Gewalt derzeit nicht genügt. Das lässt den französischen Präsidenten nicht ruhen. Eine Weltmacht von Rang zu sein, das steht Frankreich nicht bloß fraglos zu; für den neuen Chef ist es eine ausgemachte Sache, dass sein Staat das Zeug dazu hat, das auch wieder zu werden und sich gegen alle anderen durchzusetzen – er muss es nur tun.

9 Jahre Putin: Konkurrenzansagen aus Russland

Zum Ende seiner Amtsführung als Präsident wird Putin noch zum Mann des Jahres 2007 ernannt, wie weiland Hitler und Stalin, wie Time Magazine eigens betont. Die Bedeutung, die man Putin zugesteht, die Beurteilung seiner Leistungen liegt also eher im negativen Bereich: Erstens wirft man ihm den Rückfall in die Staatswirtschaft vor, Verstöße gegen die Regeln der Marktwirtschaft und die Freiheit des Eigentums; zweitens sieht man ihn schon wieder auf dem Weg in die Diktatur, und drittens nimmt man ihm das Großmachtgehabe übel, mit dem er gegenüber der Nachbarschaft und dem Rest der Welt antritt. Eingehandelt hat sich Putin diese Vorwürfe, weil er erstens die kapitalistische Reichtumsproduktion für sein Staatswesen zum Funkzionieren bringen will, zweitens einen schlagkräftigen Staatsapparat aufbaut und drittens für beides von der Staatenwelt Respekt verlangt. Wer sich als Staatsmann so etwas vornimmt und in die Tat umsetzt, der hat ein Kampfprogramm aufgelegt, das sich von der Durchsetzung in der Konkurrenz auf den Weltmärkten bis hin zur Beteiligung an den imperialistischen Gegensätzen der höchsten Güteklasse erstreckt.

Nokia schließt die Handy-Fabrik in Bochum und entlässt Tausende: Eine patriotische Heulorgie besiegelt die Abwicklung

Der finnische Konzern gibt die Schließung des Mobilfunkwerks in Bochum bekannt. 2300 Angestellte verlieren den Arbeitsplatz, 1000 Leiharbeiter ihren Job, viele weitere Stellen bei Zulieferern sind gefährdet. Nach Siemens-BenQ schließt der zweite Handyhersteller in NRW und der letzte seiner Art in Deutschland, Nokia eröffnet neue Fabriken in Ungarn und Rumänien: Eine ziemlich alltägliche Nachricht aus der Welt der globalisierten Marktwirtschaft! Die Betroffenen sind „entsetzt“ und bekommen diesmal viel öffentlichen und sogar politischen Zuspruch: Nokia, heißt es, stehe am Weltmarkt gut da und mache in Bochum Gewinn – und trotzdem schließen sie das Werk. Kein Interesse mehr an der Ausbeutung hiesiger Norkianer trotz bombiger Geschäfte – das ist nicht fair, Heuschrecke! Vor Aufregung über einen geldgierigen, heimatlosen Multi soll keiner mehr bemerken, dass auch dieser Fall proletarischer Verarmung auf die Kappe der ganz normalen kapitalistischen Gewinnmaximierung geht, zu der die ehrenwerten Herren von Nokia ja mit einigem Aufwand nach Deutschland gebeten worden sind.

ISSN 0941-5831 148 Seiten € 15.–
Ab sofort im Buchhandel erhältlich:

Edelmann, Fürther Freiheit 2A, 90762 Fürth * Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen
Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg
Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg * Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38,
90473 Nürnberg
Oder per Bestellung direkt beim Gegenstandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München
Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de Internet: www.gegenstandpunkt.com

Dokumentationen von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen der
Gegenstandpunktredaktion im mp3 Format sind abrufbar unter: www.argudiss.de

KOCHS REZEPT ...

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

Damit hat Kochs politischer Gegner neben der „sozialen Gerechtigkeit“, mit der er punktet, ein zweites Thema. Dass den Citoyens am Staat die *Gewalt gefällt*, die gegen allfällige Belästigungen durch jugendliche Rechtsbrecher vorgeht und die friedliche Ordnung des einheimischen bürgerlichen Alltagslebens wiederherstellt, an der allen gelegen ist, weiß man natürlich auch in der SPD. Und gerade weil man das dort weiß, hat man auch sofort den einen schwachen Punkt entdeckt, an dem man Koch als Propagandisten gnadenloser staatlicher Härte alt aussehen lassen kann: Der Mann redet nur – machen tut er ja gar nix! In Wahrheit ist der harte Hund ein ganz „weicher Roland“ (SZ, 4.1.). Der will durchgreifen, hat aber selbst in Hessen ein ganz „fortschrittliches Jugendstrafvollzugsgesetz“ erlassen, das sich mit so kuscheligen Sachen wie Erziehung und Resozialisierung befasst! Der will wegsperrn, was das Zeug hält, hat aber selbst den Jugendstrafvollzug in Hessen „kaputt gespart“, Polizisten- und Richterstellen und Mittel für die Betreuung von Straffälligen gestrichen (SZ, 7.1.) – mit der Bände sprechenden Folge, dass im Vergleich der Bundesländer die „Jugendgewalt in Hessen weit überproportional anstieg“ (nachrichten.t-online, 14.1.), aber die „langsamste Justiz“ (FR, 28.1.) agiert! Obwohl das geltende Jugendstrafrecht nach Auskunft der Bundesjustizministerin längst die „Möglichkeit bietet, Erziehungscamps einzurichten, hat Koch aber bis heute kein einziges eingerichtet“ (Der Spiegel, 2/08) – das sitzt!

*

Herausgefordert findet sich natürlich nicht bloß die Opposition. Mit der staatlichen Verarbeitung jugendlicher Straftäter und unzufriedener Migranten sind schließlich eine Menge Fachkräfte befasst: Polizisten und Sozialarbeiter praktisch, Kriminologen und rechtskundige Meinungsbildner theoretisch. Und alle haben ihre Meinung zu dem Thema; viele eine ganz andere als die, mit der der hessische Ministerpräsident für seine Wiederwahl wirbt. Kriminologen bestreiten, dass mehr Strafe zu weniger Jugendgewalt führen würde; Jugendrichter kritisieren Gesetzesverschärfungen mit dem Argument, dass sie doch schon bei der Umsetzung des geltenden Rechts alle Hände voll zu tun hätten. Ein philosophierender Rechtsexperte aus München verbreitet sich über die Chancen der Resozialisierung in einer Gesellschaft, in der „die Aussichten ... auf eine Sozialisation durch Schufterei bei der Lohnarbeit weggefallen sind“, so dass es immer schwerer wird, „in der Fabrik, auf dem Bau, in der Grube ... seines Glückes Schmied zu sein“ (H. Prantl, SZ, 9.1.). Kenner der Materie nehmen Kochs „Forderungskatalog“ als vollkommen inkompetente Wortmeldung zur Sache auseinander: Der stehe mit seinen Parolen gegen die rauflostige Jugend „allein gegen die Fachwelt“ (SZ, 10.1.) – als hätte Hessens CDU-Chef einen Vorschlag für den Wettbewerb von Modellen zur nachhaltigen Resozialisierung jugendlicher Schläger eingereicht! Je sachbezogener die Einlassungen dieser „Fachwelt“ sind, desto weiter gehen sie an der Sache vorbei, die gerade Sache ist.

Allerdings liefert auch diese fachkundige Themaverfehlung einen ganz tauglichen Beitrag zum Wahlkampf. Nämlich für das Anliegen der Opposition, Hessens Ministerpräsidenten schlecht aussehen zu lassen: Sie bezeugen, wie *unglaublich* dieser Politiker ist, der sich in seiner Inkompetenz als bloßer „Maulheld“ offenbart. Hat der doch ein extrem ernstes Thema ganz unseriös, nur zu Wahlkampfzwecken „hochgezogen“; bloß, um sich zum „ziemlich akzeptierten Sprecher der schweigenden Mehrheit“ (Koch, nachrichten t-online, 14.1.) zu stilisieren – ein interessantes Urteil über das Allerheiligste der Demokratie, die freie und geheime Wahl; den Kampf um Wählerstimmen und über den Wähler seitens der Hauptakteure und Liebhaber dieses Herrschaftsverfahrens: Für die sind manche Themen in der Politik zu ernst, zu komplex oder zu parteiübergreifend wichtig, als dass ein verantwortungsbewusster Politiker sie in die Niederungen des Wahlkampfes hineinziehen dürfte. Denn der, da machen die Kenner dieser Materie sich gar nichts vor,

kommt ohne unehrliche, unsaubere und polemisch-spalterische Techniken der Wählerwerbung gar nicht aus.

Aus diesem abschätzigen Urteil über die Techniken der politischen Vertrauenswerbung in Wahlkämpfen destilliert die SPD also gleich ihr nächstes Wahlkampfthema heraus. Unter der sittlich wertvollen Fragestellung, *was* beim Wahlkämpfen *erlaubt* ist und *was nicht*, heuchelt man unbedingte Parteinahme für den Dienst an der politischen Sache, die Koch in denkbar schändlicher Manier zum bloßen Wahlkampfthema instrumentalisiert habe. Der Vorwurf lautet auf „Populismus“: Das Bemühen des Ministerpräsidenten, bei der Werbung ums Mandat für die Vertretung des Populus bei diesem gut anzukommen, ächtet die Opposition mit diesem „-ismus“ als Verrat an der Staatsräson; deren ernste Forderungen würden so dem Erfolg der zweifelhaften Technik untergeordnet, das Volk in seiner doch eher niederen Gesinnung ins Recht zu setzen, *bloß* um sich von ihm Stimmen abzuholen. Der SPD-Vorsitzende hält die christliche Kampagne gegen die ausländische Jugendgewalt für eine populistische „Schweineerei!“ (Beck), für „erbärmlich“, und zwar für so erbärmlich, dass es das Volk noch in seiner dumpfen Gesinnung vor einem solchen Populisten in Schutz zu nehmen gilt: Womit Koch bei den Stammtischen Stimmung macht, sei „eine Beleidigung für jeden Stammtisch!“ (Steinmeier)

*

Die Heuchelei der SPD, einen so „wichtigen politischen Inhalt“ vor seiner missbräuchlichen Verwendung zu Wahlkampfzwecken retten zu müssen, beantworten die Christen mit einer kongenialen Gegenheuchelei: Mit dem Wahlkampf, den sie treiben, retten sie nichts Geringeres als die Demokratie vor Wahlkämpfen, die den Wählerwillen ignorieren! Sekretär Pofalla findet den Vorwurf des „Rechtspopulismus absurd“, weil der bloß zeige, „dass die nach links gedriftete SPD kein Gespür für die Themen hat, die die Menschen bewegen“ (SZ, 8.1.). Minister Schäuble kann sich überhaupt „über die Populismusunterstellungen nur wundern“: Wie kann man einem Wahlkampf vorwerfen, dass er mit seinem durchschlagenden „Thema“ *exakt* die Gesinnung trifft, die im Volk vorherrscht? Demokratisch richtiger geht es doch gar nicht mehr: „Roland Koch hat etwas Richtiges gesagt, zur richtigen Zeit. Wir müssen die Themen ansprechen, die den Menschen unter den Nägeln brennen, die Ängste und Sorgen der schweigenden Mehrheit ernst nehmen, gerade im Wahlkampf. Alles andere würde die Demokratie schwächen.“ (Der Spiegel, ebd.) Denn die demokratische Kunst des Regierens besteht recht besehen doch genau darin, dass Parteien sich bei der „schweigenden Mehrheit“ erkundigen, was der in ihrer tiefen politischen Weisheit im Kopf umgeht; das dann „ansprechen“, um es „ernst nehmen“ zu können: genau dazu braucht es den Wahlkampf, erführen die Politiker doch sonst nichts von den Sorgen ihrer schweisgsamen Klientel.

Freilich müssen diese Kämpfer für eine starke Demokratie dann auch wieder ein bisschen umdenken, wenn die Wähler ihren Einsatz doch nicht so honorieren wie gewünscht. In derselben Partei, die Koch beim Wahlkampf den Rücken gestärkt hat, melden sich nach dessen nicht so gelungenem Ausgang 17 „Führungspolitiker“ in einem „offenen Brief“ zu Wort, in dem sie von gewissen ausländerfeindlichen Tönen abrücken, die ihnen in Hessen rückblickend aufgefallen sind: Die „Integration“ von Ausländern, die ihnen besonders am Herzen liegt, sehen sie dadurch beschädigt. Die sei „so fundamental für die Zukunft unseres Landes, dass sie nicht zu einem schnellebigen Wahlkampfthema degradiert werden darf“ (SZ, 30.1.). Wobei das mit dem „degradieren“ so eindeutig auch wieder nicht ist. Vize-Fraktionsvorsitzender Bosbach geht selbstverständlich weiter davon aus, dass „wichtige Themen nicht aus Wahlkämpfen herausgehalten werden“ dürfen, denn: „Es kommt immer darauf an, wie man über ein Thema spricht.“ (SZ, 31.1.) Den Schuh kann sich dann auch der Wahlkämpfer Koch anziehen. So, wie er über das wichtige Thema gesprochen hat, hat er den Vorwurf seiner Konkurrenz, *nur* ein Thema aufgeworfen zu haben, und den damit völlig zu Unrecht geweckten Zweifel an seiner *Glaubwürdigkeit* als

ebenso kämpferischer wie verantwortungsvoller Staatsmann zu wenig zu entkräften verstanden. Selbstkritisch räumt er ein: „Es ist sicher nicht gelungen, deutlich zu machen, dass es nicht um ein reines Wahlkampfthema, sondern um ein dauerhaft die hessische CDU und mich beschäftigendes Thema gegangen ist.“ (Koch, FAS, 3.2.) Im Unterschied zu einem „reinen Wahlkampfthema“, mit dem man das Volk bloß verarscht, um seine Stimme zu kriegen, braucht es für eine wirklich erfolgreiche Volksverarschung ein Thema, bei dem das Volk gar nicht merkt, dass es zu Wahlkampfzwecken verarscht wird. Schwierig, aber machbar, wie der Erfolg der Konkurrenz ja zeigt.

*

Der Staatsableitung aus dem Verbrechen, mit der man in Hessen Wahlkampf treibt, gewinnt die Intelligentsia des Landes noch ganz andere Dimensionen ab. Der Feuilleton-Chef der „Zeit“, ein „unverbesserlicher bürgerlicher Liberaler“ (SZ, 17.1.), spießt auf, dass der in der U-Bahn von Ausländern verprügelte Rentner als „Scheiß-Deutscher“ beschimpft wurde. Gegen die öffentliche Empörung lanciert er den provokanten Denkanstoß, ob anstelle der zwei antideutschen Ausländer nicht vielmehr der Deutsche pars pro toto stehe und „ob es nicht auch zuviel besserwisserische deutsche Rentner gibt, die den Ausländern hier das Leben zur Hölle machen und vielen Deutschen auch.“ Das macht in der Öffentlichkeit die Runde, und stellvertretend für viele holt der Chef der FAZ zum Gegenschlag aus. Im Tonfall eines Manifestes gegen die volksdeutschen Schnarchsäcke, die – jüngstes Symptom der „alternierenden Gesellschaft“ – noch immer nicht kapiert haben, wer beim Überfall auf einen Rentner in Wahrheit *wem* nach dem Leben trachtet, präsentiert er eine verwegene Verschwörungstheorie über die islamische Zerlegung des deutschen Volkskörpers: „Die von uns zu verantwortende Nicht-Integration der Zuwanderer tritt jetzt in die nächste Phase bei den Einheimischen: die Desintegration der Mehrheit durch punktuellen Totschlagen Einzelner.“ Zur Klarheit, für die der Staat zu sorgen hätte, gehört für ihn, „dass man aus-

spricht, dass die Mischung aus Jugendkriminalität und muslimischem Fundamentalismus potentiell das ist, was heute den tödlichen Ideologien des zwanzigsten Jahrhunderts am nächsten kommt“ (FAZ, 15.1.): ein Fall von Islamofaschismus, mindestens, von heißem Dschihad gegen unsere Freiheit! Diese alternative Lesart darüber, was man von Leuten zu halten hat, denen das Unwort „Scheiß-Deutscher“ über die Lippen kommt, findet erheblich mehr Zuspruch als die kulturkritische Reflexion des Feuilletonisten der „Zeit“. Der erhält in Kommentaren von der Bild-Zeitung bis zu ganz vielen Wortmeldungen braver Bürger im Internet eine Kostprobe der „Spießmentalität“ und „aggressiven Intoleranz in Deutschland“, die er aufgebelt haben wollte: In der Durchschnittsmeinung der Zuschriften ist der Mann eine kommunistische Alt-68er-Ratte, die den Massenmörder Lenin verehrt, sich am Deutschen Hass mästet und der man von Herzen gerne ein Rudel ausländischer Totschläger an den Hals verschockt. Da ist der Feuilletonist sehr „erschrocken“. Einerseits über den Volltreffer, den er mit seinen Mutmaßungen über die wenig anheimelnde Natur der deutschen Volksseele offenbar gelandet hat. Andererseits darüber, dass man sein Bemerkeln über die deutschen Spießbürger als kommunistische Nestbeschmutzung hat missverstehen können. Das mag er nicht auf sich sitzen lassen. Er setzt sich zur Wehr – mit einer Retourkutsche, die dem Bürgerkriegsszenario des FAZ-Herausgebers durchaus ebenbürtig ist: „Der Kommunismus ist tot, aber der Bolschewismus, einmal ganz allgemein als Terror der Mehrheit begriffen, unabhängig davon, auf welcher Seite des politischen Spektrums er sich organisiert, scheint mir unsterblich. Wir haben nicht alle Zuschriften veröffentlicht. In einigen artikuliert sich just jener Mob, der auch schon der Oktoberrevolution zum Sieg über die Minderheit verholfen hat.“ (Zeit online, 15.1.) Deutschen Alt- und Jungnazis und allen anderen aufgeregten Patrioten mit dem Vorwurf „Selber Bolschewik!“ das Maul zu stopfen: Nicht schlecht für einen Liberalen.

Nachdruck aus GegenStandpunkt 1-08

Armut macht krank – aber wie?

Im kalten Herbst 2007 beschäftigen sich nicht nur Parteitage, Statistiken und Talkshows mit der Armut, auch die Medizin widmet sich in „einem gemeinsamen publizistischen Kraftakt von 234 internationalen Fachblättern“ und der Süddeutschen Zeitung vom 23.10.07 „diesem Dauerskandal“.

Vom kämpferischen Pathos – „sorgt dafür, dass Gesundheitsunterschiede der Vergangenheit angehören!“ – ...

„Die Ergebnisse sind erschreckend... „Die hohe Kindersterblichkeit weltweit ist angesichts ihrer Vermeidbarkeit keine geografisch-klimatisch bedingte Ungleichheit, sondern eine sozioökonomisch und politisch bedingte Ungerechtigkeit“ (Deutsches Ärzteblatt 43/07). „Armut macht krank. Armut führt dazu, dass Menschen früher sterben und häufiger leiden müssen“ (SZ, 23.10.07). Und da kennen sich die Medizinmänner aus: „Mediziner wissen das schon länger. Dennoch wird die weltweite Ungleichheit zwischen Arm und Reich immer größer“. Dieses „dennoch“ ist schon ein bisschen kühn. Es lebt von der Vorstellung, dass die maßgeblichen Interessen, die die Armut „sozioökonomisch und politisch bedingen“, das Elend nicht auf sich beruhen lassen können, wo doch die Mediziner wissen und darauf hinweisen, dass Armut gesundheitsschädlich ist. Das hat schon eher etwas von ärztlichem Größenwahn, dass die Menschheit gar nicht anders kann, als ihren Ratschlägen Folge zu leisten, wo sie doch wissen, was gut für die ist.

... über das ärztlichen Bemühen, trotz Armut gesund zu bleiben...

Im Vergleich zum vorangestellten Pathos, etwas gegen „die weltweite Ungleichheit zwischen Arm und Reich“ zu unternehmen, haben die vereinten Bemühungen der Zunft dann doch eine etwas bescheidenere Stoßrichtung.

Sie sind vom ärztlichen Streben getrieben, den Menschen zu helfen und ihre Leiden zu lindern. Unter diesem Gesichtspunkt widmen sie sich dem Elend, und zwar aus einer ziemlich einsinnigen Perspektive heraus: Armut interessiert sie als *schlechte Bedingung* für Gesundheit. Deshalb ist die Armut selbst für sie nicht das Objekt der Untersuchung, vielmehr die Frage, *inwiefern* sie krank macht oder eine Therapie behindert. Konsequenterweise setzt der medizinische Sachverstand genau an der Problemlage an und versucht ernsthaft, die Behandlung der Gesundheitsschäden von der Armut zu entkoppeln. Er forscht nach Gegenmitteln, um den von ihm selbst festgestellten Zusammenhang außer Kraft zu setzen – als ob er es mit einer Infektion zu tun hätte, gegen die er nur die richtige Impfung oder ein passendes Antibiotikum finden müsste. Dann müsste es doch auch möglich sein, die schlimmsten Auswirkungen auf die Gesundheit abzumildern und ein Leben in Armut ohne gravierende Gesundheitsschäden zu ermöglichen.

Unter der Vorgabe gibt es reichlich Bedarf für die „Erforschung des Zusammenhangs von Armut, Gesundheit und menschlicher Entwicklung“. Als Allererstes gilt es, wissenschaftlich wasserdicht zu belegen, dass Armut wirklich krank macht – mit einer anspruchsvollen Beobachtungsstudie über 94,4% der Weltbevölkerung, die eine hochsignifikante Korrelation zwischen niedrigem Einkommen und erhöhter Sterblichkeit nachweist (British Medical Journal, 27.10.07). Und zwar in armen wie reichen Ländern, für alle Altersgruppen und beide Geschlechter! Wer hätte das gedacht? Offensichtlich haben die Forscher bei ihrer Entdeckung gar nicht an die Banalität

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 Mitte

Sozialistische Gruppe

Erlangen-Nürnberg (SG)

c/o Sprecherrat, Turnstr. 7, Erlangen

www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.: V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

ERDOGAN BESUCHT ...

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

turgesetze gemeinhin nicht für die Verleihung von Rechten bekannt sind, ist das Gemeinte klar: Türkische Sprache und Kultur stehen dem Auslandstürken so unwidersprechlich zu, dass „Assimilation“ ein Verbrechen höchsten Kalibers wäre: „Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ (Erdogan-Rede, ebd.) Andererseits sollen die ausländischen Türken aber auch *erfolgreiche* Türken sein. Deshalb sollen sie die „Sprache des Landes erlernen, in dem sie leben“ und davon „in jeder Hinsicht profitieren“: Die türkische Gemeinschaft sollte „in der Lage sein, in der deutschen politischen Landschaft einen Einfluss auszuüben, Wirkungen zu erzielen“, schließlich „hat sie sich volle 47 Jahre für dieses Land verausgabt.“ (Erdogan-Rede, ebd.) Und wenn Erdogan in seiner Rede an alte Versprechungen der EU erinnert – „die Türkei gehört nach Europa!“ –, von denen die deutsche Regierung immer weniger wissen will, dann vereinbart er die vielköpfige türkische Gemeinde in Deutschland als leibhaftiges Argument für seine Sicht der Dinge.

*

Dieses Benehmen eines ausländischen Regierungschefs auf deutschem Boden stößt inländischen Politikern, insbesondere denen der großen Volksparteien, sauer auf. Sie sind überwiegend empört und lassen den Obertürken und seine so unbedacht jubelnden Anhänger wissen, dass sie in diesem Auftritt keinen Akt der deutsch-türkischen Verständigung sehen. Vielmehr einen der zwischenstaatlichen Unhöflichkeit und einen Verstoß gegen deutsche Zuständigkeitsrechte, den sie nicht widerspruchslos durchgehen lassen wollen. Zunächst einmal halten sie schon die Ankündigung der Kölner Veranstaltung auf Türkisch und ihre Durchführung in türkischer Sprache für „eine Unverschämtheit“ (ein kölscher CDU-Uckermann, Ruhrnachrichten.de, 8.2.). „Eine öffentliche Großveranstaltung in Deutschland, die von der deutschen Öffentlichkeit nicht verstanden werden kann und soll“ (ein CSU-Koschyk, ebd.), grenzt nämlich die Deutschen in Deutschland aus und „betont das Trennende und nicht das Miteinander“, weil sie sich der Kontrolle durch deutsche Politiker und Öffentlichkeit entzieht, denen es in Wirklichkeit zusteht, zu „betonen“, was gerade trennt und eint. So etwas „schadet der Integration.“ (Koschyk, ebd.) Die CSU-Chefs Huber und Beckstein stellen fest, kaum hat man ihnen das Entsprechende übersetzt, dass Erdogan sich schuldig macht, wenn er „türkischen Nationalismus auf deutschem Boden predigt“ (Huber, SZ, 13.2.) und damit „die türkische Sprache und Kultur eindeutig über die deutsche“ stellt. Dass da eine

in ihren Augen ganz falsche Rangfolge aufgemacht wird, wenn deutschen Türken das Türkische als ihre naturberechtigte Muttersprache ans Herz gelegt wird, das Deutsche aber als Mittel einer ökonomischen und politischen Vorteilsrechnung, das hören die CSUler und ihre Kollegen sofort heraus. Schließlich teilen sie mit Erdogan den gleichen nationalistischen Geist und können deswegen seine Empfehlungen nicht leiden.

Die stellen deswegen „eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands“ dar (Kauder, CDU; Wiefelspütz, SPD; SZ, 13.2.), „weil sich Erdogan an Tausende Türken mit deutschem Pass gewandt habe“. Und das ist schon wieder „nicht gut für die Integration“. (SZ, ebd.)

„Für das Zusammenleben in Deutschland ist aber die deutsche Politik zuständig.“ (Bosbach, CDU, focus.de, 12.2.) Und sonst niemand.

Und damit ist die deutsche Politik auch dafür zuständig, wie Integration geht hierzulande: dafür, wer wie eingemeindet wird nach den Bedürfnissen des Standortes und dem Umfang seiner politisch definierten Bürgerpflichten; wem wie viel zusteht dafür, dass er sich „verausgabt“ hat; und wer wie ausgegrenzt wird nach den Kriterien des Ausländer-, Zuwanderungs- und Sozialrechts. Das musste dringend gesagt werden, wenn jemand „versucht, als türkische Regierung Innenpolitik in Deutschland zu betreiben.“ (Bosbach, ebd.)

Auf die Türken in Deutschland, zumal auf die mit deutschem Pass, hat – das ist nun hoffentlich deutlich rübergekommen – niemand anders Anspruch als eben Deutschland, vertreten durch seine Kanzlerin. Wenn sich „die Türkei als Schutzmacht der in Deutschland lebenden Türken aufspielt“ (Söder, CSU, oe1.orf.at, 12.2.), dann überschreitet sie ihre Zuständigkeiten. Denn: „Nicht Herr Erdogan ist der Regierungschef der türkischen Mitbürger, sondern die Regierungschefin ist Angela Merkel.“ (Bosbach, CDU, ebd.) Und die bestätigt auch gleich, dass sie auch „die Kanzlerin der türkischstämmigen Deutschen ist“, weshalb auch deren „Loyalität dem deutschen Staat gehören müsse.“ (Merkel, ebd.)

Die begleitenden fachkundigen Debatten über das Für und Wider von türkischen Schulen in Deutschland oder die pädagogischen Vor- und Nachteile von mutter- oder fremdsprachlichem Sprachunterricht leben einerseits von der Vorstellung, dass Sprache für kulturelle, damit auch staatsbürgerliche Identität stehe, die richtige Spracherziehung also auch die gewünschte deutsche Identität und damit die Zugehörigkeit zum Gemeinwesen verbürge. Andererseits sind die einschlägigen Diskussionsbeiträge eher sachfremd: In einem lächerlichen Streit um Worte – *asimilasyon* oder *Integration!*? – wird nichts anderes verhandelt als die sehr prinzipielle zwischenstaatliche

mehr augenzwinkernd (z. B. durch Krankenschreibung oder Gefälligkeitsgutachten) toleriert werden: dies macht oft kränker und ist zudem nicht mehr finanzierbar“. Das Beste für die Gesundheit der Hartz IV-Empfänger ist demnach immer noch Arbeit und keine wohlgemeinte Rücksichtnahme auf ihre ruinierte Physik...

Schlussendlich werden dann bekannte Therapieformen dahingehend überprüft, ob man sie den elendigen Bedingungen anpassen und damit effektiver machen kann. In Guinea Bissau z.B. konnte die Malaria-Therapie bei Kindern durch einfachste Maßnahmen ‚signifikant verbessert‘ werden (BMJ). Vorher bekamen die Kinder ihre Tabletten nur unzureichend verabreicht; teils verschelbten die Krankenschwestern die Medikamente zur Aufbesserung ihrer Hungerlöhne unter der Hand weiter, teils konnten sich die Familien die Malaria-Tabletten für ihre Kinder ohnehin nicht leisten. Und was hilft da der Gesundheit? Richtig: Ein bisschen mehr Kontrolle beim Vertrieb der Pillen, eine kleine Erfolgspremie für Krankenschwestern, die sie auch verabreichen – und schon konnte die ‚Wirksamkeit der Therapie verdoppelt‘ werden! Schön, wenn man so wenig am Elend ändern muss, damit besorgte Ärzte auch mit dem Gesundheitszustand von Slum-Bewohnern zufrieden sein können! Man kann diesen Bemühungen außerdem entnehmen, wie bescheiden der Kampf der Mediziner gegen die armutsbedingten Krankheiten notwendigerweise ausfällt. Wenn sie sich als hochhoffiziell Beauftragte des Gesundheitssys-

Diskussionsveranstaltung der SG in Erlangen:**Innere Sicherheit heute:****Der Umbau des Rechtsstaates im Geiste des Antiterrorkrieges**

Sicherheitspolitiker sind zunehmend unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Arbeitsteilung zwischen Polizei, Geheimdiensten und Militär hierzulande rechtlich geregelt ist. Ihrer Auffassung nach passt die bisherige Gesetzeslage nicht mehr zu den neuen, gefährlichen Zeiten, in denen „organisierte Kriminalität“ und „terroristische Gefahren“ um sich greifen. Die bisherigen Verfahrensweisen, mit denen der Rechtsstaat im Inneren bislang seiner Feinde Herr wurde, betrachten sie als lauter Beschränkungen für effektives staatliches Zuschlagen.

Also wird die Rechtslage geändert und zu der „neuen Sicherheitslage“ passend gemacht: - Neue Gesetze genehmigen Polizei und Nachrichtendiensten neue Freiheiten beim Kontrollieren und Ausspionieren der Bürger; - mit einem neuen Luftsicherheitsgesetz sollte der Abschuss eines von Terroristen gekidnappten Verkehrsflugzeugs erlaubt werden; - eine Grundgesetzänderung soll zukünftig den Einsatz der Bundeswehr auch nach innen ermöglichen.

Passend zum Geist der neuen Gesetze wird öffentlich über Vor- und Nachteile des Folterns räsoniert; Juristen stellen grundsätzliche Erwägungen zu den herrschenden Rechtsprinzipien an: Für Staatsfeinde muss ein „Feindstrafrecht“ her, das Schluss macht mit den Umständenlichkeiten, die der Respekt vor der Menschenwürde dem Staat im Kampf gegen seine Feinde zumutet.

Legislative, Exekutive, Judikative setzen also neue Maßstäbe im Umgang mit Rechtsbrechern. Zur Durchsetzung ihres Programms benutzen sie das Recht als Instrument: Erstens das Recht, das sie haben: Sie nutzen die Macht, die ihnen als Verfassungsorganen zusteht, um das Recht nach ihren Zielen zu gestalten. Zweitens das Recht, das sie machen und an die sie sich zu halten haben. Angesichts all dessen beklagen Kritiker die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien; manche sehen gar den Geist des Grundgesetzes in Gefahr. Die Zuständigen hingegen sind sich sicher: All diese Maßnahmen und Vorhaben passen hervorragend zum Rechtsstaat. Ihnen zufolge handelt es sich dabei nämlich um dessen „zeitgemäße Fortentwicklung“; um die notwendige Reaktion des Staates auf die neuen, „existentiellen Gefährdungen“ (Schäuble), mit denen er konfrontiert ist.

Der deutsche Staat als Opfer von Bedrohungen, denen er notgedrungen Herr werden muss? Das ist ganz sicher nicht die Wahrheit der Sache. An der „zeitgemäßen Fortentwicklung“ des Rechtsstaats ist schon eher was dran. Dann steht allerdings zu vermuten, dass der Rechtsstaat schon vorher den guten Ruf nicht verdient hat, den er allgemein genießt – auch und gerade bei den kritischen Warnern vor den neuen Gesetzesvorhaben.

Mittwoch, 23. April 2008, 20.00 Uhr**Turnstraße 7 (Gebäude des Sprecherrats, 1.OG), Erlangen****Diskussionstermin in Nürnberg: regelmäßig dienstags, 20 Uhr, Desi, Brückenstraße 23, Themen siehe: www.sozialistischegruppe.de**

Frage des politischen Verfügungsrechts über einen nicht unbeträchtlichen Teil des inländischen Volkskörpers. Als dessen – zumindest – Mitinhaber macht im Fall der deutschen Türken die türkische Obrigkeit konkurrierende Besitzansprüche, Zuständigkeiten und – wie jede Regierung mit Blick auf eigene nationale Minderheiten im Ausland – Einmischungsrechte geltend. Und die werden mit unmissverständlicher Grobheit zurückgewiesen: Unsere Türken gehören uns und sonst niemandem! Und Erdogan soll gefälligst seine unverschämten Finger von ihnen lassen!! Wenn das klar ist, sind ansonsten die „Beziehungen zur Türkei in einem ganz ausgezeichneten Zustand.“ (Regierungssprecher Steg, 15.2.) Zur Erklärung und wie zur Entschuldigung

des Jubels der inländischen Türken in Köln über ihren Erdogan bietet der Vorsitzende des Bundesausländerrates Mehmet Kilic einen sachdienlichen Hinweis an: „Wenn man Migranten ausgrenzt, dann bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich mit einem anderen Staat und einem anderen Ministerpräsidenten zu identifizieren.“ (linie1-magazin.de, 12.2.) Der Geisteszustand, dem gar „nichts anderes übrig bleibt“, als sich für eine Obrigkeit zu begeistern, die die Massen glaubwürdig dazu einlädt, ihr Volk zu sein, kommt einem ziemlich bekannt vor. Wenn Kilic den richtig wiedergibt, dann sind die türkischen Migranten in Deutschland, zumindest was ihr Bedürfnis nach Nationalismus angeht, bestens assimiliert.

Nachdruck aus GegenStandpunkt 1-08

ARMUT MACHT KRANK ...

Fortsetzung von Seite 3, Spalte 4 unten

gedacht, dass Armut die Menschen mit ziemlicher Notwendigkeit physisch und psychisch ruiniert; so etwas zu sagen, wäre für sie vermutlich bloß sozialkritisch und nicht wissenschaftlich. Bemerkenswert und wissenschaftlich aufklärend halten sie daran die Frage, für welche Krankheiten genau und inwiefern dieser Zusammenhang besteht. Für den finden sie dann zwar viel Evidenz, aber genauso viele noch zu erforschende Fragen. Auf diese Art relativieren und verrätseln sie mit ihren ganzen statistischen Beweisen den Ausgangspunkt, dass die Armut offenkundig der Grund für die beschriebenen Krankheiten ist. Als Nächstes muss das weltweite Elend auf seine Gesundheitsschädlichkeit hin durchforstet werden. Und siehe da, es gibt sie tatsächlich, die armutsspezifischen Risikofaktoren, z.B. beim „Brustkrebs: Armut ist ein Karzinogen“ (DÄ). Außerdem sind viele neue Zusammenhänge zu ergründen, unter anderem Teufelskreise der folgenden Art: „Macht Arbeitslosigkeit krank oder macht Krankheit arbeitslos“ (DÄ)? Um den zu durchbrechen, braucht es eine bessere Kooperation zwischen Arzt und Arbeitsagentur, die verhindern soll, dass sich durch „Drehtüreffekte im sozialen Sicherungssystem Gesundheitsstörungen verfestigen“. Die Therapie, die dem sozialstaatlich-ärztlichen Joint Venture dagegen empfohlen wird, lässt keine Zweifel über die dabei geltenden Maßstäbe aufkommen: „Altersarbeitslosigkeit bei noch Leistungsfähigen soll nicht

tems um die Opfer der kapitalistischen Welt kümmern, dann ist deren massenhafte und dauerhafte Armut, über die in den Artikeln so ausführlich berichtet wird, für die Mediziner selbstverständlich. Damit, warum die neben dem ganzen weltweit produzierten Reichtum so notwendig zustande kommt, brauchen sie sich nicht weiter zu beschäftigen; offenkundig wollen sie das auch nicht, sondern unterstellen das Elend lieber als Ausgangslage ihres Helfens und Heilens. Und wenn sie dann die Kranken nach allen Regeln ihres modernen Gesundheitssystems behandeln, orientieren sie sich stets an den marktwirtschaftlichen Bedingungen, die das Elend erzeugen, und nehmen bei der Behandlung Maß an dem, was die Staaten mit dem kapitalistischen Wachstum für vereinbar halten – keine Studie kommt heutzutage ohne den Gesichtspunkt aus, inwiefern ihre Erkenntnisse entweder unmittelbar oder „gesellschaftlich gesehen“ Kosten einzusparen hilft.

... zum Antrag an die Politik auf mehr Unterstützung.

Bei all dem haben sie als Helfer ausgerechnet die Instanzen im Blick, die für das ganze Elend verantwortlich und zuständig sind: „Nicht nur Krankheit ist ökonomisch und sozial determiniert, auch die Gegenmittel sind politischer Wille, Geld und gesellschaftliche Verantwortung“ (SZ). An diese Instanzen ergeht der hoffnungsvolle Appell, sie mögen doch die Medizin in ihrem Bemühen unterstützen: „Die Situation war noch nie so güns-

tig und der Handlungsbedarf nie so groß wie jetzt, um den Teufelskreis aus Armut und Krankheit zu durchbrechen – so das amerikanische Gesundheitsinstitut NIH“ (SZ). Woher die Mediziner angesichts des enormen Handlungsbedarfs ihre Zuversicht nehmen, ist sehr rätselhaft. Dieselben Staaten, unter deren Regime die beklagenswerten Zustände zustande gekommen sind und betreut werden, stehen in dieser Logik eigentlich zu deren Besserung bereit. Wer allerdings die Armut streng unter dem Gesichtspunkt ihrer Gesundheitsschädlichkeit betrachtet, für den sind die „sozioökonomischen und politischen“ Interessen, die die Krankheiten „bedingen“, letztendlich doch nur so was wie falsch gepolte Schrauben. Wenn dann die Medizin gerade in einer konzertierten Aktion dabei ist, „das Bewusstsein für diese Probleme zu schärfen“, „Interesse zu wecken“ und „Zusammenhänge zu erforschen“, dann sind anscheinend schon die denkbar günstigsten Bedingungen für den Kampf gegen das Elend vorhanden! Und damit die Medizin dabei ihren Dienst tun kann und nach „Gegenmitteln“ suchen kann, braucht es mehr Geld für die ärztliche Suche nach Wegen, „den Teufelskreis zu durchbrechen“. Der Antrag an die staatlichen Instanzen besteht am Ende darin, dass sie mehr Mittel zur Forschung über den Zusammenhang von Armut und Gesundheit spendieren sollen. Na dann! Dann braucht es wirklich nur noch ein paar Lehrstühle für Armut-Medizin, und dem gesunden Leben im Elend steht garantiert nichts mehr im Weg ...